

## Der V. Bundestag des Kulturbundes im Februar 1958. Eine programmatische Wendung auch im politischen Vorfeld\*

Dieter Schiller

Der Kulturbund<sup>1</sup> war immer ein Ort der geistigen Kommunikation und eine Vereinigung von Interessengruppen. Diese Kombination gibt ihm sein charakteristisches Profil, seine unverwechselbare Eigenart. Seit seiner Gründung hat er den Dialog gepflegt, den Dialog zwischen Intellektuellen verschiedener Fachdisziplinen mit kulturinteressierten Leuten aus allen Schichten der Bevölkerung. Das war ein Dialog über Probleme der Zeit, Streitfragen von Weltanschauung, Kunst und Wissenschaft, Naturschutz und Heimatkunde. Die im Kulturbund vereinigten Interessengruppen reichen von der Regionalgeschichte bis zu Amateurfotografie und Briefmarkenkunde. Eine Vielzahl von Arbeitsformen hat sich dabei entwickelt, ein verzweigtes Vortragswesen, eine breitgefächerte Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Laienforschern und nicht zuletzt ein praktisches Engagement von Mitgliedern, die es vielfach verstanden, auch ihrem privaten Hobby eine öffentliche Dimension zu erschließen. Sicher suchte dabei auch mancher eine Nische, die meisten aber wollten sich keineswegs im gesellschaftlichen Abseits sehen. Entstanden ist der Kulturbund als politische Organisation, freilich eine, die nicht parteipolitischen Zielen dienen sollte, sondern - so das ursprüngliche Konzept des Begründers Johannes R. Becher - eine „geistige Erneuerungsbewegung“ auslösen wollte.<sup>2</sup> Denn nur wenige Deutsche hatten die militärische Niederlage im Frühjahr 1945 auch als eine Befreiung vom Nationalsozialismus erlebt. Mit der Gründung des „Kulturbunds zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ im Sommer 1945 wurde ein überparteiliches Forum geschaffen, wo Wissenschaftler, Kirchenleute, Pädagogen, Publizisten und Künstler - also Intellektuelle verschiedenster Bereiche - Verständigung suchen konnten über Schuld, Verantwortung und Zukunftsaufgaben der Deutschen. Hier sprachen Widerständler und Emigranten miteinander, aber auch stille Opponenten und sogar Mitläufer des Naziregimes waren zunehmend einbezogen in das zähe und manchmal recht einsame Bemühen um eine nationale Selbstkritik und Selbsterziehung der Deutschen.

---

\*Vortrag auf dem Symposium „Zwischen Hoffnung und Repression. Der Kulturbund in den fünfziger Jahren“ am 8.11.2003 in Berlin.

1 Der Kulturbund nannte sich bei seiner Gründung „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“, wurde dann in „Deutscher Kulturbund“ umbenannt und hieß schließlich „Kulturbund der DDR“.

2 Siehe u. a. Magdalena Heider: Politik-Kultur-Kulturbund. Zur Gründungs- und Frühgeschichte des Kulturbundes zur Demokratischen Erneuerung Deutschlands 1945-1954, Köln 1993; Wolfgang Schivelbusch: Vor dem Vorhang. Das geistige Berlin 1945-1948, Frankfurt am Main 1997; Dieter Schiller: Johannes R. Becher und die Krise des Kulturbundes 1949-1951. Drei Studien, Berlin 2000.

In den ersten Jahren seines Bestehens galten im Kulturbund Demokratie, Sozialismus und Christentum noch als gleichrangige Leitbegriffe für eine „weltanschaulich-moralische Neugeburt unseres Volkes“.<sup>3</sup> Diese Pluralität der politischen Haltungen und der Weltansichten konnte er freilich nicht aufrechterhalten. Eingebunden in die politischen Strukturen des östlichen Staatswesens, engagiert gegen eine Wiederaufrüstung Westdeutschlands und für ein friedliebendes und demokratisches - d.h. ein neutralisiertes - einheitliches Deutschland, geriet auch der Kulturbund in die Schützengräben des Kalten Krieges. Als schließlich der Sozialismus nach sowjetischem Muster angesagt war, verkam die programmatische Überparteilichkeit allmählich zur Worthülse. Der Kulturbund unterwarf sich dem Postulat von der führenden Rolle der herrschenden Einheitspartei und propagierte den Marxismus-Leninismus in seiner jeweils offiziellen Lesart.

Das bedeutete keineswegs, daß die Mitglieder auf diese Lehre verpflichtet gewesen wären. Aber ein großer Teil optierte in jener Nachkriegszeit und vor allem in den 50er und 60er Jahren durchaus freiwillig und aus innerer Überzeugung für sozialistische Gedanken und Verhältnisse. Er war darum auch bereit, sich mit speziellen Aktivitäten ins gesellschaftliche Leben der im Jahr 1949 gegründeten Deutschen Demokratischen Republik einzubringen. Das geschah allerdings bei vielen aus einem Veränderungswillen heraus, der über die offiziellen Doktrinen und die politische Praxis des - wie es später hieß - realen Sozialismus hinauswies. Deshalb geriet der Kulturbund bei der Parteiführung der SED zumindest zeitweise in den Ruf, Sprachrohr der kritischen Intelligenz zu sein. Ganz falsch war das nicht, denn das von Becher eingebrachte Prinzip des Dialogs und der geistigen Auseinandersetzung ist niemals völlig verleugnet und aufgegeben worden, auch nicht zu Zeiten massiver politischer und ideologischer Repression. Weniger auf der zentralen Ebene, mehr dagegen in den Kommissionen, Fachgruppen, Arbeitskreisen und Gesellschaften haben sich Reste einer Kultur des Dialogs und demokratischer Selbstbestimmung innerhalb der sachbetonten Alltagsarbeit bis zuletzt gehalten. Eine solche Besinnung auf die Wurzeln der Lebenskraft des Kulturbundes verlangt freilich auch, jene Perioden seiner Geschichte kritisch zu befragen, in denen sich die entscheidenden programmatischen Wendungen vollzogen haben. Eine der wichtigsten lag am Ende der 50er Jahre, vor dem V. Bundestag. Mit ihr wurde eine Entwicklungsetappe des Kulturbundes abgeschlossen und eine tiefgreifende Existenzkrise mehr schlecht als recht überwunden. Daß der Bundestag im Februar 1958 zum „Wendepunkt in der Geschichte des Kulturbundes“ werden müsse, hatte Bundessekretär Karl-Heinz Schulmeister schon im Vorfeld betont.<sup>4</sup> Auf dem Kongreß selbst bekräftigte der scheidende Präsident Johannes R. Becher - den Ministertitel trug er zu dieser Zeit nur noch nominell -, eine neue Entwicklungsphase des Kulturbundes

---

3 Siehe Johannes R. Becher: Publizistik II, 1939-1945. (Gesammelte Werke Band 16. Hrsg. vom Johannes-R.-Becher-Archiv der Akademie der Künste der DDR), Berlin u. a. 1978, S.495f.

4 Siehe Magdalena Heider/Kerstin Thöns (Hrsg.): SED und Intellektuelle in der DDR in den 50er Jahren. Kulturbund-Protokolle, Köln 1991, S.70.

solle nun eingeleitet und ein „Kulturbund höheren Typs“ angestrebt werden.<sup>5</sup> Der Anklang an die damals allgegenwärtige Formel von der Partei neuen Typs war da sicher mit Bedacht gewählt. Denn die angestrebte programmatische Wendung war grundsätzlicher Natur und zielte auf eine lückenlose Übereinstimmung mit der Politik der Sozialistischen Einheitspartei als der führenden politischen Kraft im Staat, der sich als Arbeiter- und Bauern-Macht verstand.

An dieser Stelle wird ein Blick auf die Vorgeschichte dieser Wendung nötig. Der gesamtdeutsche antifaschistisch-demokratische Anspruch des Kulturbundes war schon Ende der 40er Jahre gescheitert. Trotz großer Anstrengungen gelang es nicht, im westlichen Teil Deutschlands einen größeren Mitgliederstamm zu gewinnen und einen nennenswerten Einfluß auf das kulturelle Leben auszuüben. Mit der Orientierung auf eine sozialistische Entwicklung in der DDR hatte sich zu Beginn der 50er Jahre eine Neuorientierung in der Arbeit des Kulturbundes vollzogen, die zu einer starken Differenzierung in der Mitgliedschaft und zum Verlust eines Teils seiner Mitglieder führte.<sup>6</sup> Denn der offiziell vertretenen These, eine zielstrebige und erfolgreiche Etablierung sozialistischer Verhältnisse werde auch den Weg zu einer Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat verkürzen, stand die Auffassung vieler Mitglieder aus den Reihen der Intelligenz gegenüber, das Ziel der nationalen Einheit dürfe nicht durch eine forcierte sozialistische Umgestaltung in der DDR gefährdet werden. Dennoch heißt das nicht unbedingt, daß Vertreter solcher Auffassungen sich ihrem eigenen Verständnis nach mehrheitlich im politischen Dissens zur Programmatik des Kulturbundes gesehen hätten. Die „demokratische Erneuerung“, die im Namen der Organisation festgeschrieben war, wurde zunehmend im Sinne der gesellschaftlichen Grundorientierung im Osten verstanden und mehrheitlich durchaus als Korrektiv, wenn nicht als wünschenswerte Alternative zur Entwicklung in Westdeutschland betrachtet. Die kapitalistische Restauration in der Bundesrepublik, die damit verbundene Westintegration und die Akzeptanz der westlichen Atomrüstung, vor allem aber die von der Adenauer-Regierung betriebene Remilitarisierung hatten auch im Kulturbund dazu geführt, daß sich eine wachsende Zahl seiner Mitglieder mit der Friedenspolitik und der nationalen Konzeption der Regierung der DDR solidarisierte, selbst solche, die in innenpolitischen Fragen starke Vorbehalte hegten. Politische Repressionen, Rechtsunsicherheit, ein ausufernder Bürokratismus und die rigiden Einschnitte in den bereits erreichten Standard des sozialen Lebens, besonders während des sogenannten „beschleunigten Aufbaus des Sozialismus“ seit Herbst 1952, hatten allerdings zeitweilig zu schweren Mißstimmungen geführt. In internen Untersuchungen sprach man von der „Vergrämung“ und von einer alarmierenden

---

5 Siehe Johannes R. Becher: Publizistik IV 1952-1958 (Gesammelte Werke Band 18. Hrsg. vom Johannes-R.-Becher-Archiv der Akademie der Künste der DDR), Berlin u. a, 1981, S.618.

6 Siehe Dieter Schiller: Vom neuen zum harten Kurs. Wie der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung zum Deutschen Kulturbund wurde (1952-1958), in: Heterogenität und Konsistenz. Zur Herausbildung und Entwicklung des Kulturbundes in der DDR. (Pankower Vorträge Heft 30), Berlin 2001, S.12-31.

„Mißstimmung“ der Intelligenz.<sup>7</sup> Der „neue Kurs“ im Sommer 1953 konnte einiges auffangen, er weckte Hoffnungen auf eine Demokratisierung und die Lockerung des ideologischen Drucks im öffentlichen Leben der DDR. Die ärgsten kulturpolitischen Restriktionen schienen mit der Gründung des Ministeriums für Kultur um die Jahreswende 1953/54 eingedämmt, der kulturelle Spielraum erweiterte sich sichtlich, und eine Hoffnung auf längerfristiges Tauwetter keimte auf.<sup>8</sup>

Natürlich war der Kulturbund weit davon entfernt, die Gesamtheit der künstlerischen und wissenschaftlichen Intelligenz in der DDR zu vereinen und zu vertreten. Aber die Kampagnen gegen die Atomrüstung und den Abschluß der Pariser Verträge wurden von seinen politischen Führungskräften genutzt, um weit über den aktuellen Mitgliederstand hinaus und sogar mit bemerkenswerten Erfolgen - z.B. in den Klubs der Intelligenz - Loyalität und Staatsräson gegenüber der Regierung der DDR einzufordern. Diese Tendenz verstärkte sich im Jahr 1955 angesichts der faktischen Anerkennung der zwei deutschen Staaten durch die Außenminister der Siegermächte und die - nach Ratifizierung der Pariser Verträge - vollzogene Übergabe der vollen Souveränitätsrechte durch die Sowjetische Besatzungsmacht an die Regierung der DDR. Denn damit war klargestellt, daß mit einer kurzfristigen Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten nicht mehr zu rechnen war. Der XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 löste mit seinen Enthüllungen über die Verbrechen der Stalin-Ära natürlich auch im Kulturbund tiefe Erschütterungen aus. Sicher geglaubte Überzeugungen kamen ins Wanken, und lange gehegte Zweifel an den ideologischen Dogmen der führenden Partei im Staat wurden bestätigt. Der Begriff der demokratischen Erneuerung erhielt von neuem einen kritischen Akzent. Die innerhalb der SED stark diskutierte Frage, ob die - als Folgen des Personenkults um Stalin verharmlosten - Vorgänge in der Sowjetunion und in dem von ihr geführten politischen Lager nicht vielmehr eine prinzipielle Korrektur des sozialistischen Systems erforderten, spielte in den Gliederungen des Kulturbundes eine beträchtliche Rolle. Dazu trug auch bei, daß der Kulturminister und Kulturbund-Präsident Johannes R Becher am parteiintern längst begrabenen „neuen Kurs“ vom Sommer 1953 festgehalten hatte und in seinem Verantwortungsbereich Bestrebungen tolerierte oder gar unterstützte, die auf Weltoffenheit und geistige Souveränität zielten - soweit und sofern sie die ideologischen und sozialen Grundlagen des Staates nicht in Frage stellten.

Daß sich die wichtigsten Zentren einer Parteiopposition innerhalb der SED im Verantwortungsbereich der Leitung des Kulturbunds entwickelten, ist sicher kein Zufall. Im Aufbau-Verlag und in der Redaktion der Wochenzeitung „Sonntag“ bündelten sich die Bemühungen um eine Erneuerung der Partei und ihrer Führungsgremien. Sie reichten letztlich bis in den engeren Kreis des Politbüros hinein, waren jedoch recht heterogen. Der einzige Versuch einer programmatischen

7 Siehe dazu Siegfried Prokop: *Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquete über die Lage der Intelligenz der DDR. Analyse und Dokumentation*, Schkeuditz 2003.

8 Siehe Dieter Schiller: *Hoffnung auf Tauwetter. Von der Kritikerkonferenz zum Schriftstellerkongreß (April 1955 bis Januar 1956)* (hefte zur ddr-geschichte 78), Berlin 2003.

politischen Plattform, vom Cheflektor im Aufbau-Verlag Wolfgang Harich auf einer „nationalkommunistischen“ Grundlage entworfen,<sup>9</sup> kann deshalb keineswegs als repräsentativ für alle Bemühungen dieser Art gelten. Mehr oder weniger gemeinsam war den kritischen Geistern innerhalb und außerhalb der SED das Interesse für die Vorgänge in Volkspolen und im volksdemokratischen Ungarn. Der ungarische Aufstand und seine blutige Niederschlagung im Herbst 1956 wurden als ein tiefer Schock erlebt.

Das Wechselbad der Gefühle in diesem schwierigen Jahr darf jedoch nicht in Vergessenheit geraten lassen, daß der XX. Parteitag der KPdSU vor allem eine Aufbruchsstimmung geweckt hat. Die stalinistische Verknöcherung der marxistischen Lehren schien durchbrochen zu sein, das Defizit an Demokratie in der sozialistischen Gesellschaft überwindbar. Mit dem Konzept der friedlichen Koexistenz der gesellschaftlichen Systeme wurde auch eine Eskalation der militärischen Konfrontation als vermeidbar begriffen. Es war eine Zeit, in der Ernst Blochs Hauptwerk „Das Prinzip Hoffnung“ - die ersten beiden Bände waren 1954 und 1955 erschienen<sup>10</sup> - zum Ereignis wurde, weil es gleichsam den philosophischen Untertext zu den oft verwirrenden politischen Vorgängen lieferte und Perspektiven der Erneuerung sozialistischen Denkens und Handelns jenseits stalinistischer Dogmatik und repressiver Gewalt zeigte. Aber auch Blochs Antipode Georg Lukács, dessen Bücher von Harich im Aufbau-Verlag herausgebracht worden waren, legte mit seiner Rede „Der Kampf des Fortschritts und der Reaktion in der heurigen Kultur“<sup>11</sup> vor der Politischen Akademie der Ungarischen Partei der Werktätigen im Juni 1956 den strategischen Entwurf eines langfristigen und demokratischen Übergangs zu sozialistischen Verhältnissen dar. Daß dieser im Kreis der führenden Leute des Kulturbundes großes Interesse fand, geht aus dem Umstand hervor, daß er im Septemberheft der hauseigenen Monatszeitschrift „Aufbau“ abgedruckt wurde, in deren Redaktionsbeirat unter anderen auch Johannes R. Becher, Alexander Abusch und Erich Wendt saßen. Über die prinzipielle Bedeutung des Beitrags dürften sie keinen Zweifel gehabt haben. Daß sie vom Abdruck der Rede von der Redaktion nicht unterrichtet worden sind, ist kaum vorstellbar - das heißt aber: Sie haben diesen Abdruck gebilligt.

Nach der Verhaftung von Wolfgang Harich und Walter Janka<sup>12</sup> geriet der Kulturbund ins Kreuzfeuer politischer Kritik der leitenden Parteiorgane der Einheitspartei. Schon im März 1957 hatte ein - für das Politbüro bestimmter - „Bericht über die Entstehung und Entwicklung der konterrevolutionären Gruppe des Wolfgang Harich in der Parteiorganisation des Aufbau-Verlages“ festgestellt, Becher habe die Plattform Harichs geduldet und ihre Debatte innerhalb der

9 Siehe Wolfgang Harich: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR, Berlin 1993.

10 Siehe Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung. Erster Band, Berlin 1954; Zweiter Band, Berlin 1955; Dritter Band, Berlin 1959.

11 Siehe Aufbau, Kulturpolitische Monatsschrift 1956, H. 9, S.761-776.

12 Siehe Walter Janka: Die Unterwerfung, München u.a. 1994.

Parteiorganisation des Verlags ermöglicht.<sup>13</sup> Das war ein direkter Angriff der Verfasser des Berichts auf die Leitung des Kulturbunds. Sie wurde für die politische Situation im Aufbau-Verlag und in der Redaktion des „Sonntag“ verantwortlich gemacht, die beide inzwischen parteioffiziell zu Zentren konterrevolutionärer Bestrebungen erklärt worden waren. Zeitweise muß im Politbüro schon eine Auflösung des Kulturbundes im Gespräch gewesen sein,<sup>14</sup> doch entschied sich die Parteiführung im Sommer 1957 für eine andere Strategie: Gefordert wurde nun die Wendung zur „sozialistischen Erziehung der Intelligenz“ und die „Durchsetzung der sozialistischen Kulturpolitik“.<sup>15</sup> Das heißt aber, der Kulturbund hatte sich an der restriktiven kulturpolitischen Praxis zu orientieren, wie sie sich nach dem ungarischen Aufstand in der Parteiführung der SED durchgesetzt hatte und dann von der Kulturkonferenz im Oktober 1957 festgeschrieben wurde.<sup>16</sup> Diese Konferenz bedeutete nicht mehr und nicht weniger als eine rigorose Disziplinierung der Intelligenz, mit der die Hoffnungen auf ein ideologisches und politisches „Tauwetter“ im kulturellen Bereich nach dem XX. Parteitag der KPdSU endgültig beendet und das Bekenntnis ideologischen Fehlverhaltens und Versagens von prominenten Kulturschaffenden - unter ihnen vor allem Johannes R. Becher - erzwungen worden war.

Die demokratische Erneuerung, erklärte der Sekretär des Zentralkomitees der SED Kurt Hager im Juli 1957 auf der 32. Tagung des ZK der SED, sei in der DDR vollzogen, nun gehe es darum, alle Schichten der Intelligenz zu aktiven Erbauern des Sozialismus zu machen. Hager stellte kritisch fest, die Mehrheit der Intelligenz sei noch nicht im Kulturbund vereinigt. Absurderweise verband er die Forderung, diese Mehrheit zu gewinnen, mit einer heftigen Attacke gegen die Reste des antifaschistischen Pluralismus im Kulturbund. Denn nichts anderes war gemeint, als er politischen Neutralismus und ideologische Koexistenz innerhalb der Mitgliedschaft attackierte. Ausdrücklich wies auch Alfred Neumann, der als Mitglied des Politbüros den Bericht an das Zentralkomitee vortrug, die Vorstellung zurück, daß die bürgerliche Intelligenz im Kulturbund eine Heimstätte für ihre bürgerliche

---

13 Siehe Bericht über die Entstehung und Entwicklung der konterrevolutionären Gruppe des Wolfgang Harich in der Parteiorganisation des Aufbau-Verlages, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/2/534. - Zur Haltung Bechers siehe Dieter Schiller: Selbstbesinnung, Selbstzensur, Selbstzerstörung. Zum politischen Dilemma Johannes R. Bechers in seinen letzten Lebensjahren, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1993, H. 12, S.1071-1078.

14 Siehe SAPMO-BArch DY 30 IV 2/1/186,61f. - In seiner Diskussionsrede auf der 33. Tagung des ZK der SED sagte Becher, es bedeute den Untergang einer Organisation, wenn man alle paar Monate frage, ob der Kulturbund weiterleben solle oder nicht. Dieser Satz fehlt in der überarbeiteten Fassung. Siehe Carsten Gansel (Hrsg.): Der gesplittene Dichter Johannes R. Becher. Gedichte, Briefe, Dokumente 1945-1958, Berlin 1991, S.216.

15 Siehe SAPMO-BArch DY 30 IV 2/1/178,73. Kurt Hager auf der 32. Tagung des ZK der SED 10.-12.7.1957.

16 Siehe Dieter Schiller: Der verweigerte Dialog. Zum Verhältnis von Parteiführung der SED und Schriftstellern im Krisenjahr 1956, Berlin 2003, S.159-182.

Ideologie finden müsse.<sup>17</sup> Unter bürgerlicher Ideologie verstand er dabei offenbar jede Abweichung von der aktuellen Parteilinie. Schließlich warf der Erste Sekretär des Zentralkomitees Walter Ulbricht der Kulturbundleitung ein „Abbremsen von Diskussionen“ vor - der ideologische „Aufweichungsprozeß“ sei noch nicht überwunden worden.<sup>18</sup> Selbstkritik und eine grundlegende Änderung der Arbeit wurden von den Führungskräften des Kulturbundes gefordert.

Auf einer Tagung der SED-Parteigruppe des Präsidialrates des Kulturbundes am 9. September 1957 - sie diente der Vorbereitung des anstehenden Bundeskongresses - suchte man, sich diesen Forderungen der Parteiführung der SED zu stellen. Bundessekretär Schulmeister erklärte, im Bestreben, möglichst viele Angehörige der Intelligenz in die Diskussionen einzubeziehen, administrative Überspitzungen in der Kulturpolitik zu beseitigen und das Vertrauen der Intelligenz in den Staat zu festigen, sei die sozialistische Orientierung verlorengegangen.<sup>19</sup> Aus heutiger Sicht könnte man das als einen vorsichtigen Versuch werten, auf die realen Probleme aufmerksam zu machen, die mit der geforderten Gewinnung der Mehrheit der Intelligenz verbunden waren und die auch durch eine noch so eifrige Propagierung der Parteipolitik nicht aus der Welt geschafft werden konnten. Wenn Schulmeister dann die Kritik auf die Formel brachte, der Kulturbund sei Ende 1956 als Interessenvertretung von Schichten schwankender Intellektueller gegenüber der Partei aufgetreten,<sup>20</sup> dann attackierte er vor allem die Relikte des demokratischen Gründungskonsenses, deren Beseitigung obrigkeitlich angemahnt worden war. Die Wendung, welche hier gefordert wurde, war eine Wendung vom Prinzip des geistigen Dialogs zur politischen und ideologischen Indoktrination. Es ist nicht zuletzt der Gliederung des Kulturbundes in relativ selbstständige Interessengruppen zuzuschreiben, daß sie nie ganz durchgesetzt werden konnte.

Welche Schwerpunkte den Ablauf des Bundeskongresses bestimmen sollten, wurde - wie üblich - auf der oberen Parteiebene der SED entschieden. Wie es scheint, gingen hier allerdings die Meinungen zunächst noch auseinander. Kurt Hager, Sekretär des ZK für Propaganda und Wissenschaft, schlug vor, den Kongreß nicht nur auf die Intelligenz zu orientieren, sondern alle am kulturellen Leben Interessierten anzusprechen, vor allem die Kulturvermittler. Das Kongreßthema solle die Kulturpolitik im ganzen sein, gesprochen werden müsse über das Wesen und die Ziele der sozialistischen Kulturentwicklung. Hager betonte, mit deutlich veränderter Wortwahl gegenüber seiner Rede vor dem ZK-Plenum im Juli, auch in der Etappe des Sozialismus solle es keinen Bruch geben mit dem, was den Kulturbund wertvoll und wichtig gemacht hatte. Demgegenüber wandte sich Paul Wandel, Sekretär des ZK für Kultur, entschieden gegen Leute, die verklärt auf jene Zeiten schauten, als

---

17 Siehe SAPMO-BArch DY 30 IV 2/1/177,166. Alfred Neumann: Bericht des Politbüros an die 32. Tagung des ZK der SED.

18 Siehe SAPMO-BArch DY 30 IV 2/1/179,144. Walter Ulbricht: Schlußwort zur 32. Tagung des ZK der SED.

19 Siehe Heider/Thöns, SED und Intellektuelle, S.72.

20 Siehe ebenda, S.74.

Ferdinand Friedensburg und Ernst Lemmer noch Mitglieder des Präsidialrates waren und Theodor Heuß im Kulturbund noch Referate hielt. Heute - meinte er - wäre es nicht mehr erfreulich, wenn der Kulturbund eine Tribüne für solche Persönlichkeiten böte. Menschen, die bürgerlich-demokratische Auffassungen und Illusionen über die Entwicklung in Deutschland hätten, seien rasch ins Lager der Konterrevolution gelangt. Weil der Kulturbund *die* Kulturorganisation der Republik sei, solle er seine Arbeit auf die Organisation der Intelligenz konzentrieren.<sup>21</sup> Verbindlich wurde Hagers Orientierung. In der Sitzung des Präsidialrates vom 13. September 1957 machte sich Schulmeister in seinem einführenden Referat Hagers Argumentation zu eigen, verband sie freilich mit einer Bekräftigung der programmatischen Überparteilichkeit der Organisation. Dahinter stand die Einsicht, daß die meisten Mitglieder nicht bereit waren, diese Überparteilichkeit preiszugeben. Mit ihr, betonte Schulmeister deshalb, würde der Kulturbund sich selbst aufgeben. Auch in Zukunft werde er eine umfassende geistige Erneuerungsbewegung bleiben, nun aber eine für den Sozialismus, und in diesem Sinne auch Partei ergreifen.<sup>22</sup> Der Kulturbund selbst müsse erneuert und zu einer geistigen Kraft werden, welche die Intelligenz von den Ideen des Sozialismus begeistert.<sup>23</sup> Damit wurde freilich dem Begriff der Überparteilichkeit ein völlig neuer Inhalt untergelegt, ein Inhalt, der nur sehr bedingt im aktuellen Konsens der Mitgliedermehrheit begründet war und - was die politische Tagespraxis betraf - ihn sogar bewußt in Frage stellte. Die Vorbehalte müssen so massiv gewesen sein, daß sie ausdrücklich erwähnt wurden. Im allgemeinen, heißt es bei Schulmeister, gebe es mehr Zustimmung als Einwände und Ablehnung zur sozialistischen Orientierung.<sup>24</sup>

Diese sozialistische Orientierung im Sinne der aktuellen Parteipolitik der SED stand im Präsidialrat nun zwar nicht mehr in Frage. Doch selbst hier verstummten die nachdenklichen Fragen einiger kritischer Geister nicht. Karl-Heinz Schulmeister und Klaus Gysi hatten in ihren Referaten die Prozesse gegen Wolfgang Harich, Walter Janka und andere zu rechtfertigen versucht. Ohne auf die Urteile direkt einzugehen, griffen Robert Havemann und Karl Kleinschmidt die These von der Mitverantwortung der Kulturbundleitung auf, gaben ihr aber eine eigentümliche Wendung, die den Vertretern der Parteiführung der SED gar nicht in den Kram paßte. Zu der Tragödie sei es gekommen, meinte Havemann, weil Leute wie Harich glaubten, es sei sinnlos, über ihre Ansichten zu sprechen. Die Vertrauensatmosphäre für freimütige Aussprachen habe gefehlt. Havemann, noch weit von jedem Dissidententum entfernt, gestand - im Sinne der offiziellen Sprachregelung - zu, wer mit dem Gegner zusammenarbeite, sei kein Gesprächspartner mehr. Das zielte eindeutig auf Harichs Verbindung mit dem Ostbüro der SPD. Aber froh könne man nicht sein, wenn Harich nun im Gefängnis sitze. Als Lehre aus den Vorgängen forderte Havemann, zu begreifen, die Zahl der Menschen, die fremd und

---

21 Siehe ebenda, S.96.

22 Siehe ebenda, S.117.

23 Siehe ebenda, S.118.

24 Siehe ebenda, S.117.



verständnislos, ohne wirkliches Vertrauen und bestenfalls loyal sind, sei größer als vermutet. Man müsse eingehen auf ihr Denken, auf sie hören, mit ihnen reden, sie überzeugen. Tatsächlich aber riskiere jeder, der nur einen Piep sagt, daß ihm über den Mund gefahren wird und staatsfeindliche Ansichten unterstellt werden.<sup>25</sup> Die Reaktion von Kurt Hager war schroff. Wer tätig sei in der DDR, von dem müssen gewisse gesellschaftliche Einsicht und Verantwortungsgefühl verlangt werden. Besonders im Fall Harich und Janka sei die Hauptlehre nicht, mehr Vertrauen zu zeigen, sondern mehr Wachsamkeit. Der Kulturbund habe nicht rechtzeitig Schluß gemacht mit Diskussionen.<sup>26</sup> Das letzte Wort blieb das jedoch nicht, denn zumindest einer der Redner, der Vorsitzende der Kulturbund-Fraktion in der Volkskammer und wenig später zum stellvertretenden Kulturminister ernannte Erich Wendt, hatte ein Gespür dafür behalten, daß man es dabei nicht belassen konnte. Zwar meinte auch er, Harich sei zu viel vertraut worden, man habe ihn zu lange geduldet. Aber er setzt den Akzent so, daß eine Basis der Verständigung erhalten blieb. Der Kulturbund, sagte er, sei ein Forum für die verschiedensten Ansichten, das sei gut so und solle es bleiben. Nur dürfe es keine Foren der Neutralität geben, ohne die Stimme der sozialistischen Intelligenz. Verschiedene Ansichten sollten Raum haben, freilich keine feindlichen, hier liege die Grenze.<sup>27</sup> Wo genau diese Grenze gezogen werden sollte, sagte er nicht, sie festzusetzen lag im Ermessen der Parteioberen. Auch Wendts Einwurf lief letztlich auf den Vorwurf hinaus, es werde geduldet, daß bestimmte Gruppen die Unabhängigkeit der „Klubs der Intelligenz“ vom Kulturbund nutzten, um eine Politik der Unabhängigkeit von der DDR zu betreiben.

Wenige Wochen später befürwortete Ulbricht auf der 33. Tagung des ZK der SED zwar einen freien Meinungsaustausch, und er bezog dabei Meinungen ausdrücklich ein, die nicht mit denen der Parteiführung übereinstimmten. Nur Konterrevolutionäre, meinte er, schlagen wir.<sup>28</sup> Das hörte sich für die damalige Zeit verhältnismäßig konziliant an, war es aber nicht. Denn er beschuldigte gleichzeitig den Philosophen Ernst Bloch, wichtigster Repräsentant und Ideologe einer konterrevolutionären Gruppe und ein Feind der Arbeiter- und Bauern-Macht zu sein. Die Führung des Kulturbundes mußte eine scharfe Rüge Ulbrichts einstecken, weil Bloch noch immer Mitglied im Präsidium des Kulturbunds sei, ohne daß man sich mit ihm auseinandersetze.<sup>29</sup> Das war eine unmißverständliche Aufforderung an die zögernden Genossen in der Kulturbund-Leitung, das Kesseltreiben gegen Bloch endlich auch in ihren Reihen zu eröffnen. Übrigens erklärt sich von dieser Rüge her auch Hagers schroffes Auftreten. Denn er war nicht nur der politisch Verantwortliche für den Kulturbund in der Parteiführung, sondern hatte auch das

---

25 Siehe ebenda, S.130, 147.

26 Siehe ebenda, S.134, 144.

27 Siehe ebenda, S.150.

28 Siehe SAPMO-BArch DY 30 IV 2/1/186,117f. Walter Ulbricht: Schlußwort zur 33. Tagung des ZK der SED vom 16.-19.10.1957.

29 Siehe SAPMO-BArch DY 30 IV 2/1/184,182. Walter Ulbricht: Über Grundfragen der ökonomischen und politischen Entwicklung der DDR. Referat auf der 33. Tagung des ZK der SED.

Gespräch mit Bloch gesucht und sich - bei aller Kritik - lange Zeit für ihn eingesetzt. Jetzt mußte er die Scharte auswetzen, daß er im Präsidialrat zwar Havemann entgegengetreten war, Blochs Schweigen aber geduldet hatte.<sup>30</sup>

Als Modell für den solcherart angestrebten „offenen Meinungsaustausch“ über geistige Probleme der Zeit wird in den Dokumenten zur Vorbereitung des Bundestages immer wieder auf Ulbrichts Gespräche mit Intellektuellen in Leipzig und Berlin verwiesen. Diese Aussprachen, die damals tatsächlich von vielen als ein Fortschritt in den Beziehungen zwischen Partei und Intelligenz aufgefaßt wurden, verliefen nach einem bestimmten Schema: Bekenntnis zur DDR, Nennung offener Fragen oder Beschwerden der Intellektuellen, Antwort der Parteiführung, womit diese Fragen und Probleme dann als grundsätzlich geklärt galten. Die Zuhörer hatten sich nun nur noch zu diesem Standpunkt des Parteichefs emporzuarbeiten und darauf zu warten, was dann in der Alltagspraxis tatsächlich akzeptiert werden würde.

Dementsprechend wurde in der „Konzeption für die Vorbereitung und Durchführung des V. Bundestages des Kulturbunds“ vom 29. November 1957 nicht nur die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei auch auf dem Gebiet der Kultur festgeschrieben und die Forderung formuliert, der Kulturbund müsse zur sozialistischen Organisation der Intelligenz werden. Sondern es wurde auch zur wichtigsten Aufgabe des Kulturbundes erklärt, der Intelligenz ihre gesellschaftliche Funktion und Verantwortung bewußt zu machen und sie für die Mitarbeit beim sozialistischen Aufbau zu gewinnen. Wichtigstes Mittel dafür sei der Meinungsstreit. Es komme darauf an, die Ideen des Marxismus-Leninismus zu propagieren, doch dürfe man sich nicht von Kräften isolieren, die den sozialistischen Aufbau bejahen, ohne Marxisten-Leninisten zu sein.<sup>31</sup> Da 65 Prozent der Delegierten des Kongresses als Mitglieder der SED ihrer Parteidisziplin unterworfen waren, erwartete man keinen Widerspruch.

Auf der Präsidialratstagung vom 13. Dezember 1957 wurde denn auch nicht - wie zu erwarten gewesen wäre - über die Kongreßvorbereitung gesprochen, sondern über Ernst Bloch. Der Kulturbund hatte sich - was ihm zur Ehre gereicht - bis dahin aus den ideologischen Scherbenengerichten weitgehend heraushalten können. Jetzt gab es kein Entkommen mehr, und der Fall war umso tiefer und schmerzender. Bloch hatte, nach den öffentlichen Attacken und der Suspendierung vom Lehrbetrieb mit dem Rücken zur Wand stehend,<sup>32</sup> im Präsidialrat einen Brief Ulbrichts zitiert, in welchem dem Philosophen - nach langen Passagen scharfer politischer Kritik - abschließend doch Hochachtung entgegengebracht und versichert wurde, er habe auch weiterhin die Möglichkeit, in Zeitschriften oder öffentlichen Diskussionen

---

30 Siehe SAPMO-BArch DY 30 IV 2/1/185, 277; SAPMO-BArch DY 30 IV 2/1/186,89-91. Kurt Hager: Diskussionsreden auf der 33. Tagung des ZK der SED.

31 Siehe SAPMO-BArch DY 30 IV 2/9.06/17, 62-71.

32 Siehe „Hoffnung kann enttäuscht werden“, Ernst Bloch in Leipzig. Dokumentiert und kommentiert von Volker Caysa u. a., Frankfurt am Main 1992.

seine philosophischen Anschauungen zu vertreten.<sup>33</sup> Mit diesem Zitat wollte Bloch wohl demonstrieren, daß er sich auch nach der Suspendierung den Mund nicht verbieten lasse und auf der Zusage bestehe, mit seinen Anschauungen in der Öffentlichkeit präsent bleiben zu dürfen. Doch Klaus Gysi warf Ernst Bloch nun in seinem Einleitungsreferat zur neuen Präsidialratstagung vor, eine einseitige Kürzung des Ulbricht-Briefes zu seinen Gunsten vorgenommen zu haben. Das war natürlich Unsinn, denn die Kritik an Bloch stand ja in allen Zeitungen, die Hochachtung ihm gegenüber nicht. Bloch wehrte sich, so gut er konnte, gegen die diffamierenden Vorwürfe, er verführe die Jugend, propagiere einen dritten Weg und verfälsche den Marxismus. Er fühlte sich nicht als Abtrünniger, wollte aber nicht dulden, daß sein Werk erniedrigt, beschimpft und beleidigt wird. Mit Recht sprach er von einer Hexenjagd gegen ihn und löste damit wiederum gespielte Empörung bei den Parteivertretern Wendt, Abusch und Hager aus, die diesmal ganz die Debatte bestimmten. Besonders herausgestellt wurde, daß er - vor dessen Verurteilung - für Harich eingetreten war und vor der Abstimmung im Präsidialrat über eine Resolution zu Janka den Saal verlassen hatte. Hager erklärte, Bloch habe im entscheidenden Moment, als in einem beträchtlichen Teil der Intelligenz und im Kulturbund konterrevolutionäre Stimmungen herrschten, geschwiegen und keine klare Stellungnahme gegen Harich und Janka abgegeben. Eine Gewissensprüfung stehe bis heute aus. Becher, der seine eigene Selbstbezeichnung schon hinter sich hatte,<sup>34</sup> forderte den Philosophen auf, es ihm nachzutun und nicht damit zu kokettieren, ein innerer Emigrant zu sein. Sein Schweigen solle er brechen, um nicht einer Opposition als Fahne zu dienen.<sup>35</sup>

Was hatte das alles mit einem Bundestag des Kulturbundes zu tun? Insofern viel, als auf diese Weise demonstriert wurde, daß kein allgemeines Bekenntnis zum Sozialismus, sondern eins zur politischen Praxis der Partei, einschließlich der juristisch unhaltbaren Anklagen gegen jede Opposition zur gegenwärtigen Parteiführung, gefordert wurde. Es ging noch einmal um die programmatisch festgeschriebene Überparteilichkeit des Kulturbundes, auf die sich kritische Intellektuelle - unter ihnen möglicherweise auch tatsächliche politische Gegner - im Kulturbund und anderen Organisationen berufen konnten.

Es hieß zwar, der Kulturbund sei eine überparteiliche Massenorganisation, keine im engeren Sinne marxistische, aber er stehe auf dem Boden der Politik der DDR-Regierung.<sup>36</sup> Hager präzierte, bei offener parteilicher Stellungnahme für den Sozialismus sei der Kulturbund keine enge, parteimäßigen Organisation, sondern das

33 Siehe Walter Ulbricht an Prof. Dr. Ernst Bloch, 11.2.1957, in: „*Hoffnung kann enttäuscht werden*“, S.152-154.

34 Zur Haltung Bechers siehe Schiller, Selbstbesinnung, S.1071-1078.

35 Siehe SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2.026/39, Präsidialratssitzung am 13.12.1957 „Die kulturpolitische Situation und die weitere Arbeit des Kulturbundes“. Johannes R. Becher: Diskussionsrede.

36 Siehe SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2.026/39, 25f. Klaus Gysi: Referat auf der Präsidialratssitzung am 13.12.1957. - Fast gleicher Wortlaut in: SAPMO-BArch DY 30 IV 2/9.06/138,166. Klaus Gysi: Diskussionsrede auf dem V. Bundestag des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands vom 7.-9.2.1958.

große Forum für die Sammlung der Intelligenz und die kulturell interessierten Kreise. Überparteilich sei er in bezug auf die Zusammensetzung, nicht in bezug auf die Stellung zum Arbeiter- und Bauern-Staat. Das aber schließe Zweifel an der Richtigkeit der Politik der Partei, eine Orientierung auf Liberalismus und Liberalisierung und die offene Kritik an Maßnahmen der Staats- und Parteiführung aus.<sup>37</sup>

Damit war die Katze aus dem Sack und die demokratische Programmatik der Anfangszeit auch verbal endgültig liquidiert. Der Begriff der demokratischen Erneuerung mußte gestrichen werden, da er Anlaß zu Fehldeutungen geben konnte. Der Beschluß zur entsprechenden Änderung des Namens in „Deutscher Kulturbund“ war zu diesem Zeitpunkt im Politbüro längst gefallen.<sup>38</sup>

Nicht alle Kulturbundmitglieder wollten das akzeptieren. Arnold Zweig zum Beispiel forderte in seinem Beitrag auf dem Bundestag im Februar 1958 ausdrücklich, sich auf das Wort „demokratische Erneuerung“ zu besinnen. Denn es gehe darum, durch Deutschland eine Zone der Kriegsfeindschaft, eine Zone gegen den Atomtod zu legen. Dazu brauche es geistige Vorbereitung, Anleitung zum Widerstand, also Organisationen wie den Kulturbund. Damit wollte Zweig die Bestrebungen fördern, einen Volksentscheid für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa durchzuführen, einen Beschluß dazu legte er dem Kongreß vor.<sup>39</sup> Er unterstützte die Sicherheitspolitik der DDR und des sozialistischen Lagers, für die damals der Plan des polnischen Außenministers Adam Rapacki eine zentrale Bedeutung besaß. Aber was die innenpolitische Komponente der Bundesarbeit betraf, so wollte er sein Mißbehagen durchaus durchblicken lassen. Auf dem Bundestag des Kulturbundes blieb er damit isoliert, so wenig er es unter der Mitgliedschaft war. Im großen und ganzen war man auf diesem Bundestag bereit, um einen der Redner, den Architekten Prof. Hanns Hopp, zu zitieren, die Formel vom Übergang des Kulturbunds in eine neue Phase seiner Arbeit zu akzeptieren: von der demokratischen Erneuerung Deutschlands zum Aufbau des Sozialismus.

In seinem Referat auf dem V. Bundestag vertrat Johannes R. Becher - zugegeben: in einer recht gestelzten Formulierung - die Ansicht, der Kulturbund könne den Beweis für seine Daseinsberechtigung nur dann erbringen, wenn es ihm gelinge, maßgeblich an der weiteren Bereicherung und Vertiefung der kulturellen Errungenschaften der DDR Anteil zu nehmen.<sup>40</sup> Sein dialogisches Konzept gab Becher auch in der veränderten Situation nicht preis. Statt des parteiüblichen Klischee-Worts vom Meinungsstreit sprach er von der geistigen Auseinandersetzung als einer kollektiven Art des Philosophierens, die vervollkommenet werden müsse. Eine solche geistige Auseinandersetzung, betonte Becher, sei kein Monologisieren, selbstredend könnten

---

37 Siehe SAPMO-BArch DY 30 IV 2/2.026/39. Kurt Hager: Diskussionsrede auf der Präsidialratssitzung vom 13.12.1957.

38 Siehe SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/2/569. Politbürositzung vom 3.12.1957. Reinschriftprotokoll. TOP Vorbereitung des 5. Bundestages des Kulturbunds zur demokratischen Erneuerung Deutschlands.

39 Siehe SAPMO-BArch DY 30 IV 2/9.06/138, 114-118. Arnold Zweig: Diskussionsrede auf dem V. Bundestag des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands vom 7.-9.2.1958.

40 Siehe Becher, Publizistik IV, S.615.

auch Ansichten geäußert werden, die falsch oder unzulänglich sind.<sup>41</sup> Die Partner eines solchen gesellschaftlichen Dialogs sollten also einander ernst nehmen. Gänzlich vom hierarchischen Denken freimachen konnte sich Becher dennoch nicht. Auch für ihn blieben die von der offiziellen abweichenden Meinungen falsch oder unzulänglich. Und ganz und gar innerhalb der politischen Sprachregelungen verharnte er mit der Feststellung, geistige Auseinandersetzung dürfe nicht zu einem Forum werden, wo Gegnern das Wort gegeben wird.

Becher war ein gebrochener Mann, aber sein Image als Wortführer des Kulturbundes wollte er nicht preisgeben. Sein programmatisches Referat wurde zu einer Art von intellektuellem Eiertanz. Daß die sozialistische Kultur die höchste Form der menschlichen Kultur sei,<sup>42</sup> mochte er - im Unterschied zu seinem Lehrer Georg Lukács - verinnerlicht haben. Ganz im Sinne der aktuellen politischen Polemiklinien stellte er den unversöhnlich feindlichen Gegensatz zu „faschistisch-klerikalen Entartungen auf künstlerischem Gebiet“ heraus - was immer das im einzelnen sein mochte. Zum Gefolgsmann der Verfechter repressiver Kunstnormen machte er sich allerdings, als er abstrakte Malerei, die „Deformierung und Demontage der menschlichen Gestalt“, die „Verfälschung der Welt und des Menschenantlitzes“ attackierte. Es gehe da nicht um die Frage einer Technik, sondern um weltanschauliche Fragen.<sup>43</sup> Das war ein böser Rückfall in das Klischee der Diffamierung der künstlerischen Moderne als Dekadenz, als Methode geistiger und moralischer Zersetzung. Allerdings warnte er - nun vorsichtiger geworden - zugleich vor dem Fehler, Künstler schon als dekadent zu bezeichnen, wenn in ihren Werken noch dekadente Züge vorhanden seien - vorausgesetzt freilich, sie machten nicht aus der Not der Dekadenz eine modische Tugend.<sup>44</sup> Ohne ein solches Zugeständnis an die sozialistische künstlerische Avantgarde wäre die ideologische Reaktivierung und Neubewertung der - lange Zeit unterschätzten und abgewerteten - proletarisch-revolutionären deutschen und internationalen Kulturtraditionen kaum zu begründen gewesen, die im Zuge der Vorbereitung auf die Kulturkonferenz von 1957 vorgenommen worden war. Im Schlußwort präziserte Becher deshalb, er sei nicht gegen jede Kunst, die von der Realität abstrahiert, sondern gegen gegenstandslose Kunst, gegen das Abstrahieren vom Gegenstand und den Terror der abstrakten Begriffe.<sup>45</sup>

Zur Illustration dieser Probleme hatten die Regisseure des Kongresses natürlich auch ein negatives Beispiele parat, an dem ideologische Wachsamkeit exemplarisch demonstriert werden sollte. In einem Lehrbrief der Zwickauer Ingenieurschule war zu lesen, Aufgabe der Kunst sei nicht Abbildung der Wirklichkeit, und die moderne abstrakte Kunst stelle etwas Neues und Höheres in der Kunstgeschichte dar. Dagegen war schon vor dem Kongreß eine Pressepolemik organisiert worden, in der,

---

41 Siehe ebenda, S.624.

42 Siehe ebenda, S.620.

43 Ebenda, S.620.

44 Siehe ebenda, S.656.

45 Siehe SAPMO-BArch DY 30 IV 2/9.06/138, 207. Johannes R. Becher: Schlußwort zum V. Bundestag.

wie es höchst aufschlußreich hieß, die Arbeiter parteilich reagiert hätten, die Intellektuellen sich jedoch nicht hätten festlegen wollen.<sup>46</sup> Das Beispiel war mit Bedacht gewählt worden, weil gerade die Haltung zur künstlerischen Moderne einen wesentlichen Differenzpunkt in den Kultur- und Kunstanschauungen zwischen großen Teilen der naturwissenschaftlichen, medizinischen und vor allem der künstlerischen Intelligenz auf der einen Seite und der offiziell propagierten sozialistischen Kultur mit dem Leitbegriff des sozialistischen Realismus auf der anderen Seite ausmachte. Mit einem Paradigmenwechsel auf diesem Gebiet hoffte man auf der Führungsebene der SED offenbar, auch eine Neuorientierung in Weltanschauung und Lebenspraxis der Intelligenz durchsetzen zu können. Im Auftrag des ZK der SED sprach der neu ernannte Leiter der Kulturkommission beim Politbüro Alfred Kurella<sup>47</sup> auf dem Bundestag über die Wendung in der Kulturpolitik, welche das Ziel verfolgte, Kunst und Volk wirklich zusammenzubringen und dabei eine gegenseitige Erziehung und Annäherung zu erreichen. Von den Intellektuellen forderte er Parteinahme. Allerdings reiche es nicht aus, sich der neuen Sache des Sozialismus mit Begeisterung anzuschließen; notwendig sei, sich ein theoretisches Verständnis des historischen Prozesses zu erarbeiten.<sup>48</sup>

Es würde freilich zu kurz greifen, den V. Bundestag lediglich als einen Kotau vor der Parteiideologie zu verstehen. Viele Teilnehmer lebten und handelten vielmehr aus dem Gefühl heraus, Zeitgenossen eines großen historischen Aufbruchs zu sein. Immerhin hatte der Start des Sputniks im Oktober 1957 die vielgerühmte amerikanische Technik desavouiert. Die Vorstellung, daß der Sozialismus in historisch überschaubarer Zeit den Westen überholt, erschien auch skeptischen Betrachtern als eine vielleicht allzu kühne, aber doch nicht völlig unrealistische Perspektive. Hinzu kam, daß die Vorgänge in der Dritten Welt auf neue Wege in Richtung auf eine sozialistische Zukunft hoffen ließen. Doch auch im Kulturbund selbst gab es gute Gründe zum Aufatmen. Viele Delegierte und Gäste des Bundestages dürften mit Erleichterung registriert haben, daß Staatssekretär Alexander Abusch - der amtierende Kulturminister - davon sprach, nach den bitteren Erfahrungen im Herbst 1956 finde die innere Klärung und scharfe Selbstkritik nun mit diesem Kongreß einen bestimmten Abschluß. Das Entscheidende sei heute die sozialistische Perspektive, das Verständnis des geschichtlichen Prozesses. Im Licht der Perspektive erhalte das Faktische ein neues Gesicht.<sup>49</sup>

Das klang - als Orientierung auf einen Neubeginn - recht überzeugend. Nach den Wirren der vergangenen Jahre war es für die Delegierten des Bundestages vor allem wichtig, daß der Kulturbund nun nicht mehr bevorzugter Prügelknabe war, sondern

46 Siehe SAPMO-BArch DY 30 IV 2/9.06/138, 62-66. Bundesfreund Löffler, Zwickau: Diskussionsbeitrag auf dem V. Bundestag.

47 Siehe Dieter Schiller: Kurellas Kulturkommission - Auftrag und Scheitern (1957-1962), Berlin 2001.

48 Siehe SAPMO-BArch DY 30 IV 2/9.06/138, 132-139. Alfred Kurella: Diskussionsrede auf dem V. Bundestag.

49 Siehe SAPMO-BArch DY 30 IV 2/9.06/138, 176-188. Staatssekretär Alexander Abusch: Diskussionsrede auf dem V. Bundestag.

beauftragt wurde, einen wesentlichen Teil der Verantwortung für die sozialistische Erziehung und Führung der Intelligenz zu übernehmen. Vom Abstellgleis wieder auf die Hauptstrecke geleitet zu werden, aufs Neue als Partner bei der Ausübung der sogenannten kulturell-erzieherischen Funktion des Arbeiter- und Bauern-Staates akzeptiert zu sein, das ließ hoffen, der Kulturbund werde auch künftig einen eigenständigen Platz in der kulturellen Öffentlichkeit des Landes behaupten können.

### **Förderkreis**

### **Erinnerungsstätte der deutschen Arbeiterbewegung Berlin-Friedrichsfelde e. V.**

Der Förderkreis konstituierte sich im Oktober 2000. Ihm gehören Wissenschaftler, Politiker und interessierte Bürger aus Berlin und dem Bundesgebiet an.

Zu seinen erklärten Zielen gehören

- . die denkmalpflegerischen Arbeiten zum Erhalt der Gedenkstätte der Sozialisten zu unterstützen,
- . den kulturpolitischen und historischen Wert dieser Gedenkstätte ins öffentliche Bewußtsein zu rücken,
- . die Diskussion um die Vielgestaltigkeit und Widersprüchlichkeit von Erinnerungsarbeit und Totenehrung zu fördern.

Auf Antrag des Förderkreises hat die Stiftung Deutsche Klassenlotterie über 460.000 Euro für Sanierungsarbeiten an der Gedenkstätte der Sozialisten und auf dem Zentralfriedhof zur Verfügung gestellt. Im Herbst 2004 konnte mit den Sanierungsarbeiten begonnen werden. Sie können die Denkmalpflege- und Sanierungsarbeiten des Förderkreises unterstützen.

**Spenden Sie unter dem Stichwort**

**„Gedenkstätte der Sozialisten“**

auf das Konto Nr. 647 854 107 bei der Postbank Berlin,  
BLZ 100 100 10.

Der Förderkreis ist als gemeinnützig bestätigt.

Die Spende wird vom Finanzamt anerkannt.